Der oberschlesische Wanderer

Nr. 110
101. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Freitag, den 11. Mai 1928
Fernsprecher: Gleiwitz Sammelnummer 2831
Preis: 15 R.-Pfg.

Heute: Oberschlesien im Bild

Gegründet 1828

Aelteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt.

Der oberschlesische Wanderer erscheint werktäglich mittags. — Bezugspreis: durch Boten frei Haus monatlich 2.70 RM (vorauszahlbar) einschl. 30 Pfg. Botenlohn, durch die Post 2.70 RM ausschl. Bestellgeld — Anzeigenpreise: für Anzeigen aus Oberschlesien die einsp. mm-Zeile oder deren Raum 0.10 RM, im Reklameteil 0.40 RM, für Anzeigen von auswärts die einsp. mm-Zeile oder deren Raum 0.12½ RM, im Reklameteil 0.50 RM. Amtl. Finanz- und Heilmittelanzeigen aus Oberschlesien 0.20 RM, desgleichen von auswärts 0.30 RM. Angebots- und Auskunftsvermittlung 0.20 RM. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags, für größere Anzeigen an Tage vorher. Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden, ebensowenig für die richtige Wiedergabe telefonisch aufgegebener Anzeigen. Beilagengebühr: das Tausend zweiseitig 15 RM, größeren Umfangs das Tausend 20 RM zuzüglich der Sondergebühr für die Postauflage. Teilauflagen das Tausend jeweils 5 RM mehr. — Zahlbar sofort, spätestens aber innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum. — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streiks und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Nachlaß oder Rückerstattung des Bezugspreises. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder Konkurs fällt lt. Handelsbrauch (Gutachten der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien vom 18. Juli 1913 und 12. August 1926) jeder bewilligte Rabatt fort.

Postscheck-Konto: Breslau Nr. 1382 — Telegramme: Wanderer Gleiwitz — Gerichtsstand Gleiwitz — Mitglied des Vereins Oberschlesischer Zeitungsverleger E. V.

Die Erhöhung der Eisenpreise

WTB Düsseldorf, 11. Mai. Vom Stahlwerksverband wird mitgeteilt: Die Kohlenpreiserhöhung hat eine Erhöhung der Eisenpreise notwendig gemacht, die für Handelserzeugnisse wie folgt festgesetzt wird: Für Halbzeug-, Form- und Stabeisen um je vier Mark je Tonne, für Bandeisen um sechs Mark je Tonne, für Walzdraht und Grobbleche um sieben Mark je Tonne. Die neuen Preise treten sofort in Kraft.

Die jungen Wähler

Selbst unter der Voraussetzung, daß die Wahlbeteiligung diesmal nicht so stark ausfalle wie im Jahre 1924, werden diesmal in den Reichstag über 330 Abgeordnete einziehen; denn die Zahl der Wahlberechtigten ist in den letzten vier Jahren um über zwei Millionen gestiegen. Damit schwillt das deutsche Parlament noch mehr an als vorher. Der Plenarsitzungssaal des Reichstags konnte kaum die 493 Abgeordneten der vorhergehenden Wahl aufnehmen. Aber nicht allein aus Gründen der Platzfrage, sondern überhaupt im allgemeinen ist es zu bedauern, daß der alte Reichstag nicht eine Reform der Wahlbestimmungen vorgenommen hat. Da man sich aber nicht rechtzeitig zur Aenderung der Wahlbestimmungen entschließen konnte, werden wir diesmal einen neuen Mammut-Reichstag erleben.

Das Schicksal des Deutschen Reichstages hängt diesmal zu einem guten Teil von der Entscheidung ab, die die jungen Wähler treffen werden. Man darf nicht vergessen, daß seit dem Jahre 1924 eine große Umschichtung in den Wählermassen stattgefunden hat. Hinzu kommen die Jahrgänge 1904, 1905, 1906, 1907 und ein Teil des Jahrganges 1908. Nach vorsichtiger Schätzung kann man die Zahl der seit dem Jahre 1924 hinzugekommenen neuen Wahlberechtigten mit etwa über fünf Millionen einsetzen. Auf der anderen Seite sind in der gleichen Zeit von den anderen Wahlgängen, besonders von den älteren, über zwei Millionen Wähler gestorben. Das bringt noch größere Ungewißheit über den voraussichtlichen Wahlausgang; denn im allgemeinen treten mit Ausnahme der extremsten Parteien keine allzu großen Verschiebungen in den Wählergruppen ein. Vor allem ist es Eigenart des Deutschen, immer wieder die Partei zu wählen, die er zuerst gewählt hat.

Die große Frage ist: Wie werden die jungen Wahljahrgänge sich entscheiden? Sie haben eine andere Schulung durchgemacht, haben andere Erlebnisse gehabt als die Aelteren. Man darf nicht vergessen, daß von den neu Hinzukommenden der älteste Jahrgang bei Kriegsausbruch 10 Jahre, bei Kriegsende 14 Jahre alt war, der jüngste sogar nur 6 Jahre und 10 Jahre. Sie haben alle die Kriegszeit nur in ihrer Kindheit kennen gelernt und erlebten am eigenen Leibe und mit vollem Bewußtsein eigentlich nur die Wirtschaftswirren. Man weiß nicht, wie die Masse der jungen Menschen innerlich zu den politischen Parteien eingestellt ist und wie weit ihr politisches Interesse überhaupt geht, wodurch sie sich beeinflussen lassen, ob sie bewußt radikal eingestellt sind oder nicht. Sie wuchsen auf in Zeiten, da um sie Not und Elend ihrer Eltern herrschte, da ein heißer Kampf der Parteien tobte und man nicht wußte, wie man von einem zum nächsten Tag kommt. Sind sie durch diese Zeit ohne Schaden zu nehmen hindurchgeschritten?

Im Verhältnis zu den letzten Reichstagswahlen ist die Beteiligung der Oeffentlichkeit an den Wahlvorbereitungen gering. Viele meinen, daß deswegen die Wahlbeteiligung schwächer ausfallen werde als vor Jahren. Aber der ruhigere Wahlkampf ist noch kein Beweis für Wahlmüdigkeit. Bis zum Jahre 1924 ist bei jeder Wahl regelmäßig die Zahl der Abgeordneten größer geworden, und zwar nicht nur relativ zu der größeren Zahl Stimmberechtigter, sondern auch absolut, indem die Wahlbeteiligung auf über 80 Prozent aller Wahlberechtigten stieg. Den besten Hinweis übrigens, daß ein ruhiger Wahlkampf starke Wahlbeteiligung nicht ausschließt, haben wir ja erst vor kurzem in Frankreich erlebt, wo die Wahlen unter größter Beteiligung der Bevölkerung vor sich gingen, ohne daß vorher größere Wahlkämpfe stattgefunden haben. Es ist durchaus möglich, daß wir in Deutschland das Gleiche erleben werden.

Einigung in den Tangerverhandlungen

tu. **Berlin, 11. Mai.** Wie die Morgenblätter aus Paris melden, wird die Tangerkonferenz in der nächsten Woche eine entscheidende Sitzung abhalten und endgültig über die italienischen Forderungen Beschluß fassen. Die Lage soll inzwischen soweit geklärt werden, daß keine Hindernisse mehr für eine Einigung bestehen.

Briands Befinden wieder unbefriedigend

Eb. **Paris, 11. Mai.** (Eig. Ber.) „Matin" meldet, daß Briands Befinden seit einigen Tagen wieder unbefriedigend sei. Nachdem Briand bereits die Teilnahme an der Völkerbundsrats-Tagung abgelehnt habe, sei bei Kammerzusammentritt auch mit innenpolitischen Entschlüssen Briands bestimmt zu rechnen.

Die Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium

Die Regierung behält sich ihre Stellungnahme vor

WTB. **Berlin, 11. Mai.** In Vertretung des zur Zeit von Berlin abwesenden Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius empfing Staatssekretär Dr. Trendelenburg am 9. Mai 1928 im Reichswirtschaftsministerium Vertreter der eisenschaffenden Industrie, sowie der in der Arbeitsgemeinschaft der eisenverarbeitenden Industrie zusammengeschlossenen Gruppen zu Besprechungen über die in Aussicht genommene Erhöhung der Eisenpreise.

Die Vertreter der eisenschaffenden Industrie legten dar, daß sie von einer Erhöhung der Preise für Roheisen absehen wollten. Die von ihnen für Walzwerkserzeugnisse vorgesehenen Preiserhöhungen seien so berechnet, daß sie lediglich die Erhöhung der Selbstkosten für Kohle berücksichtigten.

Die Vertreter der eisenverarbeitenden Industrie erklärten, daß die beabsichtigte Erhöhung der Eisenpreise angesichts der rückläufigen Beschäftigung der eisenverarbeitenden Industrie voraussichtlich sehr ungünstig auf die Geschäftslage wirken werde, daß sie aber auf Grund der am 7. Mai in Düsseldorf von der eisenschaffenden Industrie ihnen gegebenen Unterlagen und Erklärungen Einwendungen gegen die von der Eisenindustrie angestellte Berechnung der Mehrkosten nicht zu erheben hätten. Die eisenverarbeitende Industrie hat jedoch darauf hingewiesen, daß bei dieser Preiserhöhung eine Revision der Qualitätsüberpreise stattfinden müsse und Düsseldorf ist unter den Beteiligten vereinbart welche Bedeutung sie dieser Regelung beimesse. Insworden, daß mit möglichst kurzer Frist in gemeinsamer Besprechung festgestellt wird, inwieweit Ermäßigungen der bisherigen Qualitätsüberpreise vorgenommen werden können.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg nahm diese Darlegungen mit dem Bemerken entgegen, daß er der Regierung die Stellungnahme zu der durch die letzten Veränderungen der Kohlen- und Eisenwirtschaft geschaffenen Lage in jeder Beziehung vorbehalten müsse.

Zwei-Klassensystem bei der Reichsbahn

TU. **Berlin, 11. Mai 1928.** Wie die Telegraphen-Union erfährt, beabsichtigt die deutsche Reichsbahngesellschaft im Zusammenhang mit der geplanten Tariferhöhung im Personenverkehr eine Reform der Zahl der Wagenklassen durchzuführen. Es bestätigen sich damit die Gerüchte, die von dem Plan des Zweiklassenwagensystems bei der Reichsbahn sprachen.

Die Gedankengänge, die die Reichsbahn zu diesem Plan veranlassen sind etwa folgende: Während das Ausland größtenteils nur zwei bis drei Wagenklassen hat, sind in Deutschland vier Wagenklassen vorhanden. Die vierte Wagenklasse hat dabei mit 3,3 Pfg. für den Kilometer einen Tarif, der weit unter dem untersten Tarif der ausländischen Bahnen liegt. Im Laufe der Zeit hat eine

ständige Abwanderung der Reisenden in die vierte Wagenklasse

stattgefunden, die der Reichsbahn Mindereinnahmen bringt, die zwischen 20—30 Millionen Reichsmark liegen. Bei der Tarifreform im Personenverkehr könnte der Weg gewählt werden, alle Wagenklassen im Hundertsatz gleichmäßig zu belasten. Da aber in der vierten Klasse 82 v. H. aller Reisenden fahren, würde dann bei einer vorzunehmenden Tariferhöhung die vierte Klasse verhältnismäßig hoch belastet werden. Geringer würde daher die Belastung, wenn man gleichzeitig zu einem vereinfachten Klassensystem übergehen und

nur eine Holzklasse und eine Polsterklasse

schaffen würde. Den Reisenden würde dann die Wahl bleiben zwischen der Fahrt in einer Polsterklasse, deren Fahrpreis nur wenig über dem Fahrpreis der bisherigen dritten Klasse liegt und der Fahrt in der Holzklasse, deren Fahrpreis nur wenig über dem Fahrpreis der bisherigen vierten Klasse liegt. Dann bietet die Polsterklasse mit einem geringeren Fahrpreis als die bisherige zweite Klasse eine bequeme Fahrt. Eine Abwanderung in die Holzklasse, so meint man, wäre dann in dem starken Maße wie früher nicht weiter zu befürchten. Die Holzklasse würde die bequeme Ausstattung der bisherigen dritten Klasse erhalten, als Ausgleich für den im Hundertsatz wenig gesteigertem Fahrpreis.

Chamberlain über den Kellogg-Pakt

Cb. **Rotterdam, 11. Mai.** (Eig. Ber.) **Der „Courant" meldet aus London: Chamberlains Unterhauserklärungen werden die nächsten Tage in London die politischen Erörterungen beherschen. „Evening-Times" nennen als diejenige Großmacht, die die Juristen-Konferenz zum Antikriegspakt abgelehnt hat, Frankreich.**

Der Plan einer Juristen-Konferenz

wtb. **London, 11. Mai.** Das Unterhaus hatte gestern in Erwartung der Erklärungen Chamberlains zum Kellogg-Pakt das Gepräge eines „Großen Tages". Macdonald leitete die Debatte über den Voranschlag des „Foreign office" ein, in der er auf die ägyptische Frage und den von Kellogg vorgeschlagenen Friedenspakt zu sprechen kam.

Chamberlain erklärte, unter den bestehenden Umständen würden heute Verhandlungen mit Aegypten zwecklos sein, bis Zeit und Erfahrung ihr Werk getan haben. Inzwischen werde alles von der britischen Regierung getan werden, um es möglich zu machen, die

englisch-ägyptischen Beziehungen

zu führen, ohne diese wiederkehrenden Krisen oder die Zuflucht zu ernsten Warnungen oder zur Entsendung von Schiffen. Lord Lloyd sei vom ägyptischen Premierminister ersucht worden, ihm (Chamberlain) seinen Dank für den versöhnlichen und freundschaftlichen Geist zu übermitteln, der die glückliche Lösung der kürzlichen Krise eingegeben habe.

Auf die amerikanische Note bezugnehmend erklärte Chamberlain, die Regierung begrüße nicht nur warm die Initiative der Vereinigten Staaten, sondern habe die Hoffnung, daß sie erfolgreich zu Ende geführt werde und einen wirklichen Beitrag zum Frieden der Welt leisten werde. Die augenblickliche Lage der Angelegenheit sei, daß die Regierung in England ihre Prüfung des Vorschlages beendet habe. Ihre Bemerkungen und Anregungen für die Antwort an die Vereinigten Staaten befänden sich bereits auf dem Wege nach den Dominions. Entsprechend dem Verfahren, das erfolgreich vor Locarno angewendet worden sei, habe er versuchsweise angeregt, daß der Weg geglättet und etwaige Differenzen auf ein Mindestmaß beschränkt werden könnten, wenn eine

Zusammenkunft der Juristen

stattfinde, bei der sie Ansichten und Argumente austauschen könnten.

Als Chamberlain seine Erklärung beendigt hatte, fragte Kennworthy, ob England jetzt vollkommen frei sei, vorausgesetzt, daß die Dominions zustimmen, direkt zu verhandeln und den Vertrag zu unterzeichnen, und nicht in irgend einer Weise gezwungen sei, beispielsweise mit Frankreich zu beraten.

Hierauf erwiderte Chamberlain: Nein, wir sind natürlich

nicht gezwungen, mit irgend einer anderen Regierung zu beraten,

es sei denn, daß wir der Ansicht sind, daß es wünschenswert ist, dies zu tun. Aber der Zweck der amerikanischen Regierung war nicht nur, unsere Unterschrift zu erhalten, ihr Zweck war sogar in erster Linie, die Unterschrift von 6 Regierungen zu erhalten, und wenn wir irgend etwas dazu beitragen können, Einstimmigkeit unter diesen Regierungen herbeizuführen, so werden wir gern bereit sein, es zu tun.

Nach weiteren Rednern (u. a. Lloyd George) fragte das konservative Mitglied Cayzlet, ob Großbritannien

nicht die wenigen auf deutschem Gebiet verbliebenen britischen Truppen abtransportieren

könne. Man sage jetzt gerade immer, Deutschland sei gleichberechtigt und heute sogar Englands bester Freund in Europa. Wenn England ausländische Truppen in Kent und Cornwall sehen würde, so würde es dem Land gegenüber, das diese Truppen dort hingestellt hat, nicht die gleichen Empfindungen haben, als wenn es frei wäre.

Unterstaatssekretär für Aeußeres Locker Lampson erklärte, er hoffe, das Ergebnis der Beratungen mit den Dominions werde in einigen Tagen bekannt gegeben werden. „Die Frage der britischen Truppen im Rheinland wird von der Tatsache geleitet, daß wir im Einklang mit Belgien und Frankreich und mit der Reparationsfrage handelten." Die britische Regierung verfolge die Frage der Besetzung des Rheinlandes sehr sorgsam, und niemand würde sich mehr freuen, als die Regierung, wenn die Rheinlandbesetzung früher zu einem Ende käme, als man noch vor einigen Jahren für möglich hielt.

Politische Prozesse

Berlin, 10. Mai.

Der Gerichtsprozeß und die gerichtliche Urteilsfällung im Zusammenhange und zum Teil auch als Mittel der Politik ist keine neuzeitliche Erscheinung. Schon im Altertum, in den demokratischen Republiken Griechenlands, aber auch in Rom Ciceros ebenso wie in der Urteilsfällung und in der Aburteilung des Messias Jesus von Nazareth haben Prozesse und Gerichtsurteile eine außerordentlich große politische Bedeutung gehabt. Aus der Vorkriegszeit sind u. a. der Dreifuß-Prozeß in Frankreich und die im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen Maximilian Hardens stehenden Prozesse in Erinnerung. Gerichtliche Klärung politischer und kriminell politischen Zusammenhänge ist immer wieder ein letztes Mittel der politischen Auseinandersetzungen gewesen. Gerichtsverhandlungen können in der Beweisaufnahme wie in der Urteilsfällung außerordentlich nützlich sein und der Allgemeinheit dienen, solange die Justiz, das Fundament der Reiche, gesund ist und lediglich die Rechtsfindung zum Ziele hat. Da auch die Richter, Amtsrichter wie Laien, Menschen sind, ist in politischen Prozessen naturnotwendig, selbst bei bestem Willen, die Vermeidung von Einseitigkeiten besonders schwer. Zu Mißständen, die an die Grundwurzeln der Staates und der Gemeinschaft greifen, muß es aber führen, wenn die Justiz die Dienerin der Gerechtigkeit, sich dazu hergibt, bestimmten politischen Bestrebungen zu dienen. Außergewöhnlich erregte und aus den Gleisen geworfene Zeiten pflegen das Mißtrauen gegen die Justiz in politischen Dingen zu steigen. Gerade in solchen Zeiten aber häufen sich politische Prozesse, sodaß Justiz wie Politik unter ihrer allzu häufigen Verkoppelung Schaden nehmen.

Während die meisten politischen Prozesse aus der Innenpolitik entstanden sind und in ihren Wirkungen daher im allgemeinen nicht über die betreffenden Länder, in denen sie geführt worden sind, hinausgreifen, haben sich in jüngster Zeit besonders zwei Prozesse zu internationaler Bedeutung erhoben, weil sie sich mit Dingen befaßten, die mehrere Staaten oder sogar die gesamte Weltöffentlichkeit interessierte. Allgemein weltanschauliche Vorstellungsbezirke, deren Innenspannung die ganze Erde umfaßt, sind z. B. seinerzeit durch den Sacco-Vanzetti-Prozeß zum Schwingen gebracht worden. Augenblicklich beschäftigt der Colmarer Autonomistenprozeß und die Aufrollung des Verfahrens gegen die Ingenieure und Facharbeiter der sowjet-russischen Industrie die all-